



Bundesnetzagentur

Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas,
Telekommunikation, Post und Eisenbahnen
Tulpenfeld 4
53113 Bonn

Gz.: 801-6.07.01.02/2-2-2 PÄ I#1
Datum: 16.08.2024

1. Änderungsbescheid gemäß § 18 Abs. 5 NABEG i. V. m. § 43d EnWG und § 76 Abs. 2 VwVfG

für das Vorhaben 2
des Bundesbedarfsplangesetzes
Osterath – Philippsburg,
Abschnitt B1 (Punkt Wallstadt – Philippsburg)

Vorhabenträgerin:
Transnet BW GmbH
Pariser Platz / Osloer Str. 15-17

70173 Stuttgart

Inhaltsverzeichnis

A. ENTSCHEIDUNG	4
I. Feststellung	4
1. Festgestellte Maßnahme	4
2. Anordnung der sofortigen Vollziehung	4
II. Planunterlagen	4
B. Begründung	6
I. Beschreibung der Änderungen des festgestellten Plans	6
II. Rechtliche Würdigung	6
1. Verfahrensrechtliche Bewertung	6
2. Zuständigkeit	7
3. Umweltrelevante Wirkungen des geänderten festgestellten Plans	8
4. Materiell-rechtliche Bewertung	8
5. Anwendungsbereich des § 43m EnWG	9
6. Abschließende Gesamtbewertung	10
III. Begründung der Anordnung der sofortigen Vollziehung	10
C. Hinweise	11
I. Kosten	11
II. Bekanntgabe und Veröffentlichung des Änderungsbescheids	11
D. Rechtsbehelfsbelehrung	12

A. ENTSCHEIDUNG

I. Feststellung

1. Festgestellte Maßnahme

Der Planfeststellungsbeschluss (im Folgenden: Ausgangsbeschluss) der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen für die Errichtung und den Betrieb der Höchstspannungsfreileitung Osterath – Philippsburg (Vorhaben des Bundesbedarfsplangesetzes) im Planfeststellungsabschnitt B1, Punkt Wallstadt –Philippsburg vom 30.08.2023, Az.

6.07.01.02/2-2-2/25.0 wird nach dem Antrag der Transnet BW GmbH (Vorhabenträgerin) vom 24.06.2024 betreffend das Vorhaben 2 gemäß § 18 Abs. 5 Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz (NABEG) i. V. m. § 43d Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) und § 76 Abs. 2 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) unter Maßgabe der nachstehenden Bestimmungen geändert.

Das mit Ausgangsbeschluss vom 30.08.2023 planfestgestellte Vorhaben kann gemäß der im Änderungsantrag dargestellten Form ausgeführt werden. Hiernach ist es der Vorhabenträgerin insbesondere gestattet, den Mast 7601/22 wie beantragt, um 6,4 m auf dem Flurstück 59367 zu verschieben, um einen Konflikt mit der Hauptwasserversorgungsleitung zu vermeiden sowie den statischen Erfordernissen entsprechend die Fundamentköpfe um insgesamt 6,8 m² zu vergrößern.

Durch die Planänderung wird die Zulässigkeit des geänderten Vorhabens einschließlich der notwendigen Folgemaßnahmen und hinsichtlich aller von ihm berührten öffentlichen Belange festgestellt. Neben dieser Planänderung sind andere behördliche Entscheidungen, insbesondere öffentlich-rechtliche Genehmigungen, Verleihungen, Erlaubnisse, Bewilligungen, Zustimmungen und Planfeststellungen nicht erforderlich (§ 75 VwVfG).

Für die vorgenannte Änderung wird von der Durchführung eines neuen Planfeststellungsverfahrens gemäß § 76 Abs. 2 VwVfG abgesehen.

2. Anordnung der sofortigen Vollziehung

Die sofortige Vollziehung dieses Änderungsbescheides wird gemäß § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 4 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) angeordnet.

II. Planunterlagen

Diesen Feststellungen liegen die nachstehend aufgeführten Planunterlagen, die Bestandteil dieses Änderungsbescheides sind, zugrunde. Diese ergänzen die unter A.II des Ausgangsbeschlusses vom 30.08.2023 aufgeführten Planunterlagen, soweit sie von diesen abweichen:

Änderungsunterlagen:

Anlage 1: Lageplan

Anlage 2: Längenprofilpläne

Anlage 3: Mastverzeichnis

Anlage 4: Rechtserwerbsverzeichnis Gemarkung Mannheim

Anlage 5: Teilanpassung LBP Kapitel 7

Anlage 6: Maßnahmenblatt E01

B. Begründung

Diese Entscheidungen sind wie folgt zu begründen:

I. Beschreibung der Änderungen des festgestellten Plans

Mit Ausgangsbeschluss vom 30.08.2023 wurde der Plan für die Errichtung und den Betrieb der Höchstspannungsfreileitung Osterath – Philippsburg (Vorhaben 2 des Bundesbedarfsplangesetzes), Planfeststellungsabschnitt B1, Punkt Wallstadt - Philippsburg, festgestellt. Die Vorhabenträgerin hat mit Schreiben vom 24.06.2024 die Änderung des bereits festgestellten Plans vom 30.08.2023 beantragt. Die Vorhabenträgerin beantragt, zur Vermeidung eines Konflikts mit der Hauptwasserversorgungsleitung der MVV GmbH, den Mast 7601/22 um 6,4 m zu versetzen. Zudem wurden die statischen Erfordernisse in der Ausführungsplanung für den Mast neu bewertet. Die vorgesehenen Fundamentköpfe vergrößern sich um 6,8 m².

II. Rechtliche Würdigung

1. Verfahrensrechtliche Bewertung

Bei Planänderungen vor Fertigstellung des Vorhabens ist nach § 18 Abs. 5 NABEG i. V. m. § 43d EnWG i. V. m. § 76 Abs. 1 VwVfG grundsätzlich ein neues Planfeststellungsverfahren durchzuführen. Eine Planänderung i. S. v. § 76 VwVfG liegt nur vor, wenn trotz der Änderungen am festsetzenden Teil der Planungsentscheidung das Konzept des Vorhabens in seinen Grundzügen erhalten bleibt. Bei Planänderungen von unwesentlicher Bedeutung kann die Planfeststellungsbehörde jedoch nach § 76 Abs. 2 VwVfG von einem neuen Planfeststellungsverfahren absehen, wenn die Belange anderer nicht berührt werden oder wenn die Betroffenen der Änderung zugestimmt haben.

Die Planfeststellungsbehörde hat in Ausübung ihres Ermessens bezüglich der mit Antrag vom 24.06.2024 beantragten Änderungen des Vorhabens entschieden, von der Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens nach § 76 Abs. 2 VwVfG abzusehen.

Eine Planänderung von unwesentlicher Bedeutung liegt hier vor.

Eine Planänderung ist als unwesentlich anzusehen, wenn die Änderung im Verhältnis zur abgeschlossenen Gesamtplanung unerheblich ist.¹ Dies ist insbesondere dann zu bejahen, wenn die mit der Planung verfolgte Zielsetzung unberührt bleibt und die beabsichtigte Änderung, die mit der Planfeststellung erfolgte Abwägung aller einzustellenden Belange in ihrer Struktur unberührt lässt.² Das wird stets der Fall sein, wenn Umfang, Zweck und Auswirkungen des Vorhabens im Wesentlichen gleich bleiben und nur bestimmte räumlich und sachlich abgrenzbare Teile geändert werden sollen.³ Maßgebend sind quantitative und qualitative Kriterien.⁴ Wird das Grundkonzept des Plans

¹ Vgl. BVerwG, Urt. vom 17. 12. 2009 - 7 A 7/09, NVwZ 2010, 584 (Rn. 22).

² Vgl. BVerwG, Urt. vom 20.10.1989 - 4 C 12/87, NJW 1990, 925 (926).

³ Vgl. BVerwGE 81, 95, 104, NVwZ 1989, 750 (753); Stelkens/Bonk/Sachs/Neumann/Külpmann VwVfG § 76 (Rn. 18).

⁴ Vgl. BVerwG, Urt. vom 17.12.2009 - 7 A 7/09, NVwZ 2010, 584 (Rn. 22).

als Ergebnis dieses Ausgleichs beibehalten, ist die Änderung unwesentlich.⁵ Dabei kommt es jedoch nicht darauf an, ob die Änderung erstmalig oder zusätzlich Rechte anderer berührt oder nicht. Vielmehr schließt die Berührung von Rechten Dritter die Unwesentlichkeit nicht aus. Auch die Umweltauswirkungen eines Vorhabens sind zur Beurteilung der Wesentlichkeit der Änderung zu berücksichtigen. Eine Unwesentlichkeit ist etwa dann anzunehmen, wenn die Änderung keiner UVP bedarf.⁶

Diese Voraussetzungen sind vorliegend gegeben, da die beantragte Änderung nur einen Mast betrifft und als lediglich punktuelle Änderung im Verhältnis zur Gesamtplanung nicht erheblich ist.

Darüber hinaus liegen auch die weiteren Verfahrensvoraussetzungen nach § 76 Abs. 2 VwVfG vor. Danach kann die Planfeststellungsbehörde von einem neuen Planfeststellungsverfahren absehen, wenn die Belange anderer nicht berührt werden oder wenn die Betroffenen der Änderung zugestimmt haben.

Eine Berührung der Belange Dritter kommt in Betracht, wenn diese infolge der Änderung erstmalig oder stärker als in der ursprünglichen Planfeststellung vorgesehen beeinträchtigt werden.⁷ Die betroffenen Rechte müssen materieller Natur sein; formelle Beteiligungsrechte reichen nach § 76 Abs. 2 VwVfG nicht aus.⁸

Die Eigentümerin des Grundstücks des Flurstücks-Nr. 59367 ist in ihrer Eigentumsposition am vorbenannten Grundstück sowie der Pächter in seinem Nutzungsrecht an diesem Grundstück durch die Vergrößerung der Fundamentköpfe intensiver betroffen als ohne diese Erweiterung. Unter Berücksichtigung des Umfangs, Zwecks und Auswirkungen ist diese Eingriffsintensität im Verhältnis zur abgeschlossenen Gesamtplanung unerheblich. Die Eigentümerin sowie der Pächter des hier verfahrensgegenständlichen Grundstücks haben jeweils ihr Einverständnis zu einer Mastverschiebung sowie der Vergrößerung der Fundamente erklärt. Soweit es in Folge der Vergrößerung der Fundamentköpfe zu einer Erhöhung des Eingriffs in den Naturhaushalt kommt, ist nicht von einer Betroffenheit von Belangen Dritter i.S.v. § 76 Abs. 2 VwVfG auszugehen. Relevant sind insofern allein Belange Privater.⁹ Zur Zulässigkeit des Eingriffs siehe im Übrigen die Ausführungen unter II. 4.

2. Zuständigkeit

Gemäß § 31 Abs. 1, Abs. 2, § 2 Abs. 2 NABEG, § 1 Nr. 1 Planfeststellungszuweisungsverordnung (PlfZV) i. V. m. Nr. 2 der Anlage zu § 1 Abs. 1 BBPlG ist die Bundesnetzagentur für die Durchführung des Planfeststellungsverfahrens der Höchstspannungsfreileitung Osterath – Philippsburg (Vorhaben 2 des Bundesbedarfsplangesetzes) im Planfeststellungsabschnitt B1, Punkt Wallstadt – Philippsburg vom 30.08.2024, Az. 6.07.01.02/2-2-2 #25, zuständig. Daraus folgt auch die Zuständigkeit der Bundesnetzagentur für diesen Änderungsbescheid.

⁵ Vgl. BVerwG, Ur. vom 20.10.1989 – 4 C 12/87, BVerwGE 84, 31 (34).

⁶ Vgl. BVerwG NVwZ 2007, 576 (579); BeckOK VwVfG/Kämper VwVfG § 76 (Rn. 10-11).

⁷ Vgl. Kopp/Ramsauer, VwVfG, 12. A. 2011, § 76 (Rn. 30), § 73 (Rn. 71); Neumann, in: Stelkens/Bonk/Sachs, VwVfG 8. A. 2014, § 73 (Rn. 71); VGH Mannheim Ur. v. 23.5.2014 – 5 S 220/13, BeckRS 2015, 41440, beck-online.

⁸ Vgl. VGH Mannheim Ur. v. 23.5.2014 – 5 S 220/13, BeckRS 2015, 41440, beck-online; vgl. Kopp/Ramsauer, VwVfG, 12. A. 2011, § 76 (Rn. 30); Schoch/Schneider/Weiß, 3. EL August 2022, VwVfG § 76 (Rn. 86-92).

⁹ Schoch/Schneider/Weiß, 4. EL November 2023, VwVfG § 76 Rn. 87.

3. Umweltrelevante Wirkungen des geänderten festgestellten Plans

Ausweislich der Unterlagen der Vorhabenträgerin rufen die beantragten Änderungen keine zusätzlichen erheblichen nachteiligen oder andere erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen hervor. Die Vorhabenträgerin führt nachvollziehbar aus, dass es sich bei der vorgesehenen Planänderung um unwesentliche Änderungen handelt (vgl. Planänderung I, Erläuterungsbericht, Kap. 3.10). Insbesondere sind geänderte erhebliche Umweltauswirkungen durch die zusätzliche Flächenversiegelung aufgrund der geringfügigen Vergrößerung um 6,8 m² auszuschließen.

4. Materiell-rechtliche Bewertung

Um planfestgestellt werden zu können, muss ein Vorhaben, für das die Planfeststellung beantragt worden ist, eine Planrechtfertigung aufweisen, mit den zwingenden Vorgaben des öffentlichen Rechts in Einklang stehen und es müssen gemäß § 18 Abs. 4 S. 1 NABEG die von dem Vorhaben berührten öffentlichen und privaten Belange im Rahmen der Abwägung berücksichtigt werden. Das Gleiche gilt auch im Falle einer Planänderung nach § 76 Abs. 2 VwVfG.

a) Planrechtfertigung

Die im Ausgangsbeschluss vom 30.08.2023 festgestellte Planrechtfertigung bleibt auch unter Berücksichtigung der Änderungsplanungen unverändert bestehen.

b) Zwingende materiell-rechtliche Anforderungen

Das geänderte Vorhaben genügt auch den zwingenden Vorgaben des öffentlichen Rechts.

Durch die Planänderung werden keine forstrechtlichen, wasserrechtlichen, denkmalschutzrechtlichen, verkehrsrechtlichen und immissionsschutzrechtlichen Belange berührt. Die mit Ausgangsbeschluss vom 30.08.2023 erteilten Ausnahmen, Befreiungen, Genehmigungen und Erlaubnisse bleiben von der Planänderung unberührt. Zusätzliche Genehmigungen und Erlaubnisse sind nicht erforderlich.

Die für die Errichtung des Bohrpfahlfundaments am Mast 7601/A22 erforderliche wasserrechtliche Erlaubnis gem. § 8 Abs. 1, 9 Abs. 1 Nr. 4, § 12 WHG i.V. m. § 43 Abs. 2 S. 2 Wassergesetz Baden-Württemberg wurde mit Änderungsbescheid vom 15.12.2023 erteilt. Diese behält für die nunmehr beantragte Planänderung ihre Gültigkeit.

Durch die Mastverschiebung um 6,4 m werden auch die Leiterseile vom maßgeblichen Immissionsort weg verschoben, so dass mit diesem geringen Abrücken des Spannungsfeldes auch eine Verringerung der geringen Grenzwertausschöpfung für elektrische und magnetische Felder (EMF) nach 26. BImSchV verbunden ist. Da der Maststandort kleinräumig verschoben wird, werden die planfestgestellten Arbeitsflächen nicht angepasst und damit keine Änderungen der baubedingten Schallimmissionen (AVV Baulärm) auftreten. Ebenso liegen keine maßgeblichen Änderungen der Schallimmissionsprognose betriebsbedingter Schallimmissionen vor.

Durch die Planänderungen werden auch keine streng geschützten Arten beeinträchtigt. Verbotstatbestände gem. § 44 BNatSchG stehen der Zulassung nicht entgegen. Zu § 43 m EnWG siehe im Übrigen das Kapitel B.II.5. Auch eine erhebliche Beeinträchtigung der Erhaltungsziele des FFH-Gebiets „Sandgebiete zwischen Mannheim und Sandhausen“ kann ausgeschlossen werden.

Soweit die Vorhabenträgerin für die geringfügige Verschiebung des Standorts des Mastes 7601/A22 sowie die Vergrößerung der Fundamentköpfe eine Erlaubnis nach § 5 Abs. 1 der Schutzgebietsverordnung und die Befreiung gem. § 8 für das Landschaftsschutzgebiet Unterer Dossenswald beantragt (Planänderung I, Kapitel 3.11.2), wird auf die mit Ausgangsbeschluss vom 30.08.2023 unter A.III.1.c) e für erlaubnisbedürftigen Handlungen nach § 5 Abs. 2 Nrn. 1, 2, 4, 5, 10, 12, 14, 15, 16 der Verordnung des Bürgermeisteramtes Mannheim über das Landschaftsschutzgebiet "Unterer Dossenswald" vom 28.10.1986 (Mannheimer Morgen vom 07.11.1986) gem. § 5 Abs. 3 u. 4 dieser Verordnung erteilte Erlaubnis verwiesen. Auch diese behält für die nunmehr beantragte Planänderung ihre Gültigkeit.

Das geänderte Vorhaben entspricht des Weiteren auch unter Beachtung der zusätzlichen Flächenversiegelung den Vorgaben der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung. Nach § 13 S. 1 BNatSchG sind erhebliche Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft vorrangig zu vermeiden. Nicht vermeidbare erhebliche Beeinträchtigungen sind nach § 13 S. 2 BNatSchG durch Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahmen oder, soweit dies nicht möglich ist, durch einen Ersatz in Geld zu kompensieren. Die Vorhabenträgerin hat nachvollziehbar dargelegt, dass durch die geringfügige Vergrößerung der Fundamentköpfe zusätzlich 108 Ökopunkte notwendig werden, die von der nach dem Planfeststellungsbeschluss vorhandenen positiven Bilanz abgebucht werden (vgl. Planänderung I, Kapitel 3-11, Maßnahmenblatt E01).

Das geänderte Vorhaben steht unter Beachtung der Zusagen A.VI.2.j.bb. des Ausgangsbeschlusses im Einklang mit den geltenden Anforderungen an die Sicherheit des Luftverkehrs.

c) Abwägung

Die von der Planänderung berührten öffentlichen und privaten Belange sind untereinander und gegeneinander gerecht abzuwägen (vgl. § 18 Abs. 4 S. 1 NABEG).

Die im Ausgangsbeschluss vom 30.08.2023 erfolgte Abwägung der öffentlichen und privaten Belange wird durch die gegenständliche Planänderung nicht berührt, d.h. der Abwägungsvorgang und das Abwägungsergebnis bleiben hierdurch nach Struktur und Inhalt weitgehend unverändert. Soweit sich durch die Vergrößerung der Fundamentköpfe hinsichtlich der Belange des Eigentums und der Landwirtschaft eine zusätzliche quantitative Betroffenheit zeigt, ist diese gerechtfertigt und verhältnismäßig. Die Ausführungen zu den technischen Hintergründen sind plausibel (Planänderung I, Erläuterungsbericht Kapitel 2.2).

Durch die Mastverschiebung entsteht insbesondere kein Konflikt zum Bauvorhaben CESI/FGH Mannheim. Sonstige kommunale Planungen und Bauvorhaben sind nicht berührt. Durch die gegenständliche Änderung werden zudem keine öffentlichen und privaten Belange berührt.

5. Anwendungsbereich des § 43m EnWG

Die Anwendbarkeit des § 43m EnWG kann vorliegend dahinstehen. Bereits aufgrund der dargelegten Unwesentlichkeit der Planänderung ist weder eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen, noch sind artenschutzrechtliche Entscheidungen zu treffen. Mithin bedarf die Frage eines finanziellen Ausgleichs hier keiner Entscheidung. Denn jedenfalls besteht bei der vorliegenden Sachverhaltsgestaltung keine Zahlungspflicht seitens der Vorhabenträgerin.

6. Abschließende Gesamtbewertung

Nach Abwägung aller für und gegen das geänderte Vorhaben sprechenden Belange kommt die Planfeststellungsbehörde, die auch für die Genehmigung von Planänderungen zuständig ist, zu dem Ergebnis, dass nach Verwirklichung des antragsgegenständlichen Vorhabens keine weiteren Beeinträchtigungen schutzwürdiger Interessen zurückbleiben werden, die die mit dem Vorhaben verfolgten bedeutsamen Allgemeinwohlbelange überwiegen könnten.

III. Begründung der Anordnung der sofortigen Vollziehung

Die Voraussetzungen für die Anordnung der sofortigen Vollziehung gem. § 80 Abs. 2 Nr. 4, Abs. 3 VwGO liegen vor.

Das Ergebnis der vorgenommenen Abwägung zwischen dem öffentlichen Interesse sowie dem privaten Interesse des Antragstellers an der sofortigen Vollziehung mit möglichen Interessen Dritter an einer aufschiebenden Wirkung hat ergeben, dass die beantragte sofortige Vollziehung im überwiegenden öffentlichen Interesse und privaten Interesse des Antragstellers erfolgt und diese Interessen mögliche Interessen Dritter überwiegen.

Auf Grundlage des insoweit vollziehbaren Ausgangsbeschlusses vom 30.08.2023 befindet sich das gegenständliche Vorhaben bereits im Bau.

Das öffentliche Interesse an der sofortigen Vollziehung dieses Änderungsbescheids ergibt sich ferner aus § 1 Abs. 2 NABEG. Die Errichtung und der Betrieb sowie die Änderung von Stromleitungen, die in den Anwendungsbereich dieses Gesetzes fallen, einschließlich der für den Betrieb notwendigen Anlagen, liegen im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromversorgung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, soll der beschleunigte Ausbau dieser Stromleitungen und Anlagen als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführende Schutzgüterabwägung eingebracht werden. Da das Vorhaben 2 als länderübergreifend im BBPIG gekennzeichnet ist, unterfällt es dem Anwendungsbereich des NABEG. Die Realisierung ist damit aus Gründen eines überragenden Interesses erforderlich.

Das Interesse am Sofortvollzug ist daher mit der Dringlichkeit des Vorhabens begründet, das öffentliche Interesse an der sofortigen Durchführung der Arbeiten überwiegt dabei die möglichen Interessen Dritter.

Das private Interesse des Antragstellers liegt demnach in der zwingenden Erfüllung ihrer gesetzlichen Verpflichtung aus dem EnWG und dem BBPIG begründet. In konkreter Ausprägung schlägt sich diese gesetzliche Pflicht des Antragstellers in ihrem Interesse nieder, schnellstmöglich mit den hier genannten Arbeiten beginnen zu können. Hinter den dringlich zu realisierenden Belangen der Allgemeinheit und dem öffentlichen Interesse an einer sofortigen Durchführung der Maßnahmen treten die durch die Maßnahmen nur geringfügig tangierten Interessen Dritter zurück.

C. Hinweise

I. Kosten

Für den Erlass dieses Bescheids werden keine Gebühren erhoben.

II. Bekanntgabe und Veröffentlichung des Änderungsbescheids

Die Bekanntgabe dieses Änderungsbescheids richtet sich nach § 41 VwVfG. Daneben wird dieser Änderungsbescheid sowie die unter A. II. dieses Bescheids genannten Planunterlagen auf der Internetseite der Planfeststellungsbehörde unter <http://www.netzausbau.de/vorhaben2-b1> veröffentlicht.

D. Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Widerspruch eingelegt werden.

Der Widerspruch ist bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, schriftlich oder zur Niederschrift einzulegen. Der Widerspruch hat keine aufschiebende Wirkung.

Die Schriftform kann durch die elektronische Form ersetzt werden. In diesem Fall ist das elektronische Dokument mit einer qualifizierten elektronischen Signatur nach dem Signaturgesetz zu versehen. Nähere Informationen zur elektronischen Kommunikation mit der Bundesnetzagentur finden Sie auf den Internetseiten der Bundesnetzagentur (www.bundesnetzagentur.de – unter „Die Bundesnetzagentur > Über die Agentur > Elektronische Kommunikation“).

Gegen die Anordnung der sofortigen Vollziehung kann nach Einlegung des Widerspruchs ein Antrag auf Aussetzung der Vollziehung gem. § 80 Abs. 4 VwGO bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn oder auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung gemäß § 80 Abs. 5 Satz 1 i. V. m. § 50 Abs. 1 Nr. 6 VwGO beim

Bundesverwaltungsgericht
Simsonplatz 1
04007 Leipzig

gestellt und begründet werden.

Bonn, den 16.08.2024

Im Auftrag

Dr. Julia Sigglow

Abteilung Ausbau Stromnetze, RefL 801

Gz.: 801-6.07.01.02/2-2-2 PÄ I#1